

Liebe Leserinnen und Leser,



der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen und stellt GRÜNE-Initiativen im Landtag vor. Wir setzen uns für eine umfassende Beteiligung von Behinderten bei der Umsetzung des [Bundesteilhabegesetzes](#) in Sachsen ein. Eine Große Anfrage unserer Fraktion zur Umsetzung [10-Punkte-Plans zur Prävention und Bekämpfung des Crystal-Konsums](#) geht der Frage nach: Was hat die Staatsregierung seit 2014 im Kampf gegen Crystal erreicht? Mit einem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, eine [Landeszentrale für psychosoziale Notfallversorgung](#) einzurichten, damit Opfer im Falle von Katastrophen besser betreut werden können. Unsere Initiativen zur Sicherung der Hebammenversorgung zeigen Wirkung. In einem kurzen Rückblick berichte ich, was wir dieses Jahr u.a. am [Runden Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung“](#) unserer Fraktion erreicht haben. Die überarbeitete [Förderrichtlinie Psychiatrie und Sucht](#) ist trotz massiver Kritik in Kraft getreten. Im Plenum wurde über die [Gesundheitsförderung](#), Möglichkeiten der [Seniorenmitwirkung](#), [Armut in Sachsen](#), das Landesmodellprojekt [Eltern-Kind-Zentren](#) und den [Unterhaltsvorschuss](#) debattiert. Ich habe die Staatsregierung zur [Unterstützung von Ehrenamtlichen](#) befragt und nach Verdachtsfällen von [Korruption in der Pflege](#). Unsere Fraktion hat eine [Halbzeitbilanz](#) veröffentlicht und eine neue Ausgabe der [SaxGRÜN](#). Zum alljährlichen [Klimakongress](#) gibt es einen kurzen Rückblick.

Eine spannende Lektüre wünscht Volkmar Zschocke.
Über Rückmeldungen freue ich mich.

Umsetzung Bundesteilhabegesetz

In Sachsen steht die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes an. Das Gesetz bietet die Chance, die Selbstbestimmung zu stärken und Teilhabemöglichkeiten zu verbessern. Um das Gesetz in Sachsen bestmöglich umsetzen zu können, müssen die Menschen mit Behinderung umfassend und ernsthaft einbezogen werden. Deshalb habe ich einen Antrag im Landtag eingereicht, der die Staatsregierung auffordert, bei allen Entscheidungen eine echte Beteiligung der Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache und auf Augenhöhe sicherzustellen. Da nicht alle Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes zum 1. Januar 2018 umgesetzt werden, soll die Beteiligung in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Dazu gehört die barrierefreie Information und Kommunikation genauso, wie ausreichend Zeit für die Abgabe von Stellungnahmen. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren haben gezeigt, dass das keine Selbstverständlichkeit ist. Das geltende System, des Kommunalen Sozialverbands (KSV) als überörtlichem Träger der Eingliederungshilfe, soll kritisch hinterfragt werden. Die Betroffene-für-Betroffene-Beratung, die Einbeziehung der Interessenvertretungen bei der Erarbeitung der Rahmenverträge und bei der Beobachtung der Auswirkungen des Bundesteilhabege-

setzes sollen Beachtung finden. Ich möchte von der Staatsregierung außerdem erfahren, inwieweit die geplante Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht. Am 27. November 2017 fand im Sozialausschuss eine öffentliche Anhörung zum Antrag statt, an der viele Betroffene als Sachverständige zu Wort kamen.

- [GRÜNER Antrag](#)
- [Stellungnahme der Staatsregierung](#)

Große Anfrage zur Umsetzung des 10-Punkte Plans gegen Crystal

Crystal Meth ist als unscheinbares weißes Pulver oder in kristalliner Form auf dem Markt. Es ist weltweit auf dem Vormarsch und gelangt vor allem über Tschechien nach Sachsen. Durch die Grenznahe, ist Crystal hier billig zu haben und leichter verfügbar als jede andere illegale Droge. Es macht wach, euphorisch, leistungsfähig. Konsumierende kommen aus allen gesellschaftlichen Schichten. Es ist eine Droge, die in unsere heutige Zeit passt. Im November haben wir eine Große Anfrage mit weit über 100 Fragen eingereicht. Die Antworten werden zum Jahresbeginn 2018 vorliegen. Wir wollen eine Zwischenbilanz ziehen und wissen, welche Ankündigungen durch die Staatsregierung seit 2014 umgesetzt wurden. Grundlage der Fragen sind die drei Säulen des 10-Punkte-Plans: Prävention durch Information, Beratung im Zusammenwirken mit Behandlung sowie Repression. Wir sind überzeugt, im Kampf gegen Crystal darf Sachsen nicht nachlassen.

- [Große Anfrage](#)

Landeszentrale für psychosoziale Notfallversorgung

Sachsen ist eines der letzten Bundesländer, in dem die psychosoziale Notfallversorgung nicht von einer zentralen Stelle koordiniert wird. Stattdessen wird das Angebot von 382 Ehrenamtlichen und wenigen Hauptamtlichen in Zusammenarbeit mit den unteren Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzbehörden, also den kreisfreien Städten und Landkreisen, sichergestellt. Im Falle von Katastrophen mit vielen Opfern, wie zum Beispiel Terroranschlägen, geraten diese Strukturen an ihre Grenzen. Deshalb hat unsere Fraktion einen Antrag eingebracht. Wir fordern die Einrichtung einer koordinierenden Stelle, die ehrenamtliche Notfallseelsorger entlastet, behörden- und organisationsübergreifende Aktivitäten zusammenführt sowie abstimmt und die Ausbildung und Qualitätssicherung von Fachkräften besser organisiert.

- [GRÜNER Antrag](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Kleine Anfrage](#)

Runder Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung“

Ich arbeite weiter daran, die Wahlfreiheit der Eltern über den Geburtsort zu sichern und die hohe Qualität der ambulanten und stationären Geburtshilfe zu erhalten und weiterzuentwickeln. Denn für die Förderung einer gesunden Schwangerschaft, einer möglichst interventionsarmen Geburt und guter Nachsorge sind Hebammen unverzichtbar.

In diesem Jahr haben wir einiges auf den Weg gebracht. Auf GRÜNE Initiative sind im Haushalt 2017/18 erstmals insgesamt 350.000 Euro für ein "Programm zur Sicherung der Hebammenversorgung" bereitgestellt worden. Um die Umsetzung des Programms fachlich begleiten zu können, haben wir GRÜNE einen Runden Tisch "Geburtshilfe und Hebammenversorgung" einberufen. Bei den Treffen im Mai und Oktober 2017 haben der Hebammenverband, Vertreter der Krankenkassen, Krankenhausgesellschaft, Ärzte, Familienverbände, Elternvertreter, Landesfrauenrat, SPD und LINKE und die Sozialministerin Barbara Klepsch (CDU) teilgenommen. Gemeinsam mit der Koalition aus CDU und SPD haben wir einen GRÜNEN Antrag beschlossen, der Vorschläge zur Ausgestaltung des Hebammen-Landesprogramms macht. Einige sind bereits umgesetzt. Im September 2017 hat eine Koordinierungsstelle beim Sächsischen Hebammenverband ihre Arbeit aufgenommen. Außerdem werden Hebammen, die Auszubildende im praktischen Teil unterstützen, auf Antrag durch die Sächsische Aufbaubank finanziell gefördert. Ein dritter Runder Tisch ist für das Jahr 2018 geplant.

- [Rückblick 1. Runder Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung“](#)
- [Rückblick 2. Runder Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung“](#)
- [GRÜNER Antrag zum Hebammen-Hilfsprogramm](#)
- [Bericht der Staatsregierung zur Umsetzung des Hebammen-Hilfsprogramms](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Internationaler Hebammentag 2017](#)
- [Mehr Infos zum Thema Hebammen](#)

Förderrichtlinie Psychiatrie und Sucht

Die überarbeitete Förderrichtlinie Psychiatrie und Suchthilfe ist im September trotz heftiger Kritik in Kraft getreten. Das ist für mich eine herbe Enttäuschung. Trotz fachlicher Bedenken wird das ausdifferenzierte Punktesystem zukünftig entfallen. Stattdessen werden 10 Millionen Euro jährlich pauschal an die Städte und Kreise verteilt. Das Sozialministerium gibt damit die Steuerungsverantwortung in der Suchtkrankenhilfe aus der Hand. Das ist eine fatale Entscheidung, auch vor dem Hintergrund steigender Suchtkrankenzahlen. Ich sehe die Gefahr, dass die Landesmittel nicht mehr dem Bedarf entsprechend vor Ort ankommen und Angebote in ihrer Qualität gemindert oder sogar abgebaut werden. Bereits im September 2016 hat unsere Fraktion versucht gegenzusteuern und einen Antrag eingereicht, der die Versorgungsdichte und die Versorgungsqualität sicherstellen soll. Die Koalition aus CDU und SPD hat zwar den

Berichtsteil im Antrag unterstützt, aber unsere Forderungen zur Beibehaltung der bisherigen Förderpraxis abgelehnt.

- [GRÜNER Antrag 'Förderung von Hilfen für psychisch Kranke und Suchtkranke'](#)
- [Stellungnahme des Sozialministeriums zum GRÜNEN Antrag](#)
- [Pressemitteilung zur geplanten Novellierung](#)
- [Pressemitteilung zur neuen Förderrichtlinie](#)

Gesundheitsförderung

Ein Jahr nachdem die Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung des Präventionsgesetzes in Kraft getreten ist, stellte die LINKE-Fraktion einen Antrag zur „Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention in Sachsen“. Doch die Vorschläge der LINKEN sind entweder bereits Bestandteil der Vereinbarung oder können darüber nicht geregelt werden. Aus meiner Sicht läuft der Antrag ins Leere, zumal die Stellungnahme der Staatsregierung zum Zeitpunkt der Plenardebatte bereits ein dreiviertel Jahr alt war. Jetzt wäre es an der Zeit kritisch zu prüfen, ob die Landesrahmenvereinbarung tatsächlich umgesetzt wird. Der Landtag muss erfahren, was seit 2015 im Bereich der Prävention erreicht wurde. Ich habe die Staatsregierung in einer kleinen Anfrage genau danach gefragt – leider ohne eine Auskunft zu erhalten. Ich werde mich weiterhin für mehr Transparenz und Kontrolle bei der Umsetzung der Landesrahmenvereinbarung engagieren.

- [Redebeitrag](#)
- [Kleine Anfrage zur Umsetzung der Landesrahmenvereinbarung](#)

Seniorenmitwirkung

Die Mitwirkungsrechte von Seniorinnen und Senioren in Sachsen sind unzureichend, intransparent und nicht demokratisch legitimiert. Das sollte sich ändern. Die LINKE erinnert mit ihrem Antrag CDU und SPD an ihr Versprechen im Koalitionsvertrag, ein Seniorenmitwirkungsgesetz zu prüfen. Was aus diesem Prüfauftrag geworden ist, bleibt weiterhin unklar. Wir GRÜNEN wollen nicht einfach nur mehr Gremien. Deshalb haben wir die Gesetzentwürfe der LINKEN zum Thema in den vergangenen drei Wahlperioden immer kritisiert. Was wir wollen, das sind transparente und verbindliche Mitwirkungsrechte für Seniorenvertretungen auf kommunaler Ebene und auf Landesebene. Der Antrag benennt die Schwachstellen der Seniorenmitwirkung im Freistaat und greift viele Forderungen auf, die wir in ähnlicher Weise bereits 2013 in einem Positionspapier vorgelegt haben, deshalb hat unsere Fraktion zugestimmt.

- [Redebeitrag](#)
- [Positionspapier der GRÜNEN Fraktion](#)

Unterhaltsvorschuss

Zum wiederholten Male hat sich der Sächsische Landtag mit dem Thema Unterhaltsvorschuss befasst. Ein Berichts- und Prüfauftrag der CDU-SPD-Koalition zielt darauf ab, die Verwaltungspraxis auf den Prüfstand zu stellen. Das Landesjugendamt soll die Kommunen fachlich bei der Bearbeitung von Anträgen unterstützen. Im Antrag wird u.a. ein Vorschlag der GRÜNEN aufgegriffen. Wir wollen nicht mehr die Jugendämter für das Eintreiben des Geldes in die Pflicht nehmen, sondern die Finanzämter. Die haben einen Überblick über die Einkünfte der Unterhaltspflichtigen und können notfalls das Geld für den Unterhalt der Kinder direkt einziehen. Doch eins ist auch klar: Die Personalausstattung in den Unterhaltsvorschussstellen muss dringend verbessert werden. Nur so wird es gelingen, mehr zahlungsfähige Unterhaltsschuldner in die Pflicht zu nehmen.

→ [Redebeitrag](#)

Armut in Sachsen

Im August gab es auf Antrag der CDU-SPD-Koalition eine aktuelle Debatte mit dem Titel „Starke Löhne, starke Wirtschaft, weniger Kinder in Armut“. Unsere Fraktion machte deutlich, dass die CDU-SPD-Regierung in ihrem Selbstlob nur die halbe Wahrheit offenbart. Der Anstieg der Löhne passiert in Sachsen vor dem Hintergrund eines vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus. Im Erzgebirge arbeitet beispielsweise immer noch jeder und jede Dritte im Niedriglohnsektor. Sachsen liegt im bundesweiten Vergleich der Nettoeinkommen privater Haushalte an vorletzter Stelle. Die Zahlen sprechen für sich: 17,7 Prozent der sächsischen Bevölkerung sind laut aktuellem Mikrozensus armutsgefährdet, davon 22 Prozent nicht erwerbsfähige Kinder und Jugendliche. Dennoch ist seitens der Staatsregierung kein Wille erkennbar, sich ernsthaft mit diesen Zahlen auseinanderzusetzen und eine Gesamtstrategie gegen Armut zu entwickeln. Auch die selbst gesteckten Ziele der CDU und SPD sind weit verfehlt. Für das Jahr 2016 wurde im Koalitionsvertrag eine sächsische Präventionsstrategie angekündigt. Maßnahmen zum Abfedern bestehender Armut sowie zur Minimierung von Armutsrisiken, insbesondere bei Kindern und Älteren, sollten bis dahin entwickelt werden. Bis jetzt ist jedoch nichts passiert.

→ [Redebeitrag von Volkmar Zschocke](#)

→ [Redebeitrag von Petra Zais](#)

Eltern-Kind Zentren

Bereits zum dritten Mal wurde auf Antrag von CDU und SPD im Landtag über das Landesmodellprojekt diskutiert. Eltern-Kind-Zentren sind eine gute Sache. Doch ich bin der Meinung, allein mit einem guten Modellprojekt werden wir die Erzieherinnen nicht gewinnen. In den Kitas braucht es vor allem ausreichend gut ausgebildetes Personal und mehr Zeit für die päd-

agogische Arbeit mit Kindern. Die Koalition muss die Voraussetzungen dafür schaffen, um einen Bildungsplan mit jedem einzelnen Kind umsetzen zu können, anstatt nur Kindergruppen zu beaufsichtigen. Denn dafür haben Erzieherinnen und Erzieher nicht fünf Jahre Ausbildung auf sich genommen.

→ [Redebeitrag](#)

Unterstützung von Ehrenamtlichen

Sachsens Staatsregierung stellt für Ehrenamtler keine Vergünstigungen im ÖPNV in Aussicht. Das geht aus der Antwort von Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) auf meine Kleine Anfrage hervor. Im Bürgerdialog-Forum in Annaberg versicherte Ministerpräsident Stanislaw Tillich, das vorgetragene Anliegen, zu prüfen. Nun verweist die Staatsregierung auf das Landesprogramm „Wir für Sachsen“. Die monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 40 Euro für mindestens zwanzig geleistete ehrenamtliche Stunden pro Monat soll auch zur Abdeckung der entstehenden Fahrtkosten genutzt werden. Doch wer beispielsweise nur 15 Stunden im Ehrenamt tätig ist, geht dabei völlig leer aus. Die nun vorliegende Antwort der Staatsregierung darf nicht das letzte Wort sein; davon bin ich überzeugt.

→ [Pressemitteilung](#)

→ [Kleine Anfrage](#)

Korruption in der Pflege

Nach dem Bekanntwerden bundesweiter Vorfälle von Korruption in der Pflege Ende Mai 2017 habe ich nachgehakt, wie es diesbezüglich in Sachsen aussieht. Dabei wurde deutlich, dass lediglich ein Ermittlungsverfahren aus Sachsen dem Komplex des sog. „Cuarfair“-Berichts zugeordnet wird. Darüber hinaus sind aktuell 11 weitere Ermittlungsverfahren im Freistaat anhängig. Das Thema scheint in Sachsen keine besonders große Rolle zu spielen. Dennoch muss grundsätzlich allen Verdachtsfällen auch nachgegangen werden. Nur so können diese ausgeräumt oder konsequent geahndet werden. Das ist aus meiner Sicht erforderlich, um den Ruf einer so bedeutsamen Branche nicht durch das Fehlverhalten Einzelner zu schädigen.

→ [Kleine Anfrage: Abrechnungsbetrug bei Pflegediensten](#)

→ [Pressemitteilung](#)

Halbzeitbilanz der GRÜNEN Fraktion

Halbzeit im Landtag, Halbzeit für die acht neuen Abgeordneten der GRÜNEN-Fraktion. In einer Broschüre stellt die Landtagsfraktion ihre [Halbzeitbilanz](#) vor.

SaxGRÜN

Das Heft beschäftigt sich unter anderem mit der Lebenssituation von Alleinerziehenden. Viele weitere spannende Inhalte sind [hier](#) zu finden.

Rückblick Klimakongress

Der 11. Sächsische Klimakongress fand unter dem Titel "Klima kennt keine Grenzen – neue Allianzen in Zeiten nationaler Abschottung" am 2. Dezember statt. 170 Besucherinnen und Besuchern waren zu Gast. Die Ergebnisse des Kongresses zeigen wir in einem kurzen [Video](#). Der Rückblick ist [hier](#) zu finden.

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Volkmar Zschocke
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0351 / 493 48 50
Telefax: 0351 / 493 48 09
volkmar.zschocke@slt.sachsen.de
www.volkmar-zschocke.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Jugend,
Familie, SeniorInnen, Soziales und Gesundheit
Telefon: 0351 / 493 48 26
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de

Anne Kobes
Parlamentarische Beraterin für Menschen mit
Behinderung
Telefon: 0351 / 493 48 27
anne.kobes@slt.sachsen.de

Vi.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes

Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de